



Rot-Grün besiegelt Bremens Niedergang

Nachdem in der Bürgerschaftswahl die Bremischen Themen von Rot-Grün ausgeklammert wurden, wagt sich die Koalition nicht an anstehende Entscheidungen heran. Stattdessen wurde in den Koalitionsverhandlungen eine Liste von Prüf- und Arbeitsaufträgen zusammengetragen. Damit hat die Koalition ihre Beschäftigung gesichert, aber keineswegs Bremens Zukunft gesichert.

In der entscheidenden Finanzpolitik fehlt der Koalition der entscheidende Sparwille. Sie setzt auf steigende Einnahmen, die es Dank anspringender Konjunktur gibt. Zugleich trägt sie durch erhöhte Belastungen mit Steuern und Abgaben dazu bei, dass die konjunkturelle Entwicklung um Bremen und Bremerhaven einen Bogen macht. So werden sich weder die Arbeitslosenzahlen reduzieren noch die Staatsfinanzen sanieren lassen.

Die FDP in Bremen kritisiert, dass die Koalition keine ernsthafte Aufgabenkritik der öffentlichen Verwaltung vorgenommen hat. So werden einerseits die nötigen Personaleinsparungen von weit mehr als 1000 Stellen nicht erreicht werden und werden andererseits Stelleneinsparungen in Bereichen nötig wo sie die Zukunft (Schule) und Freiheit/Sicherheit (Polizei, Staatsanwaltschaft) der Menschen gefährden. Nötige Umbauten der Verwaltung wurden und werden nur halbherzig und im Schneckentempo angegangen. Angesichts von 18 Milliarden Schulden ist dies unverantwortlich. Doch Rot-Grün plant ein weiteres Wachsen des Schuldenberges. So wird weder eine vernünftige Ausgangsposition für die Beratungen der Finanzverteilung zwischen Bund und Ländern, sowie zwischen den Ländern für die Zeit nach 2019 erreicht, noch die Basis für die weitere Selbständigkeit der Freien Hansestadt Bremen gelegt.

Die Bremer FDP stellt fest, dass angesichts der Bremer Bildungsmisere eine Kürzung der Stellen an Schulen inakzeptabel ist. Sie kritisiert, dass die Bremer Sozialdemokraten hier ihr Wahlversprechen gebrochen haben. Unverschämte findet die Bremer FDP, dass die Koalition die Umsetzung der bundesgesetzlichen Vorgabe eine Betreuungsquote von 35% der unter drei Jahre alten Kinder als ihr Ziel verkauft, wo doch klar ist, dass der Bedarf an Kinderbetreuung weit größer ist. Zudem hat die Koalition wie schon 2007 die Chance vertan durch Zusammenlegen von Bildungs- und Jugendressort die Rahmenbedingungen für bessere, durchgehende Bildung von Anfang an zu schaffen und administrative Reibungsverluste zu vermeiden. Das Zusammenlegen des Gesundheits- und Bildungsressort scheint allein Proporzgründen geschuldet zu sein und ist nach Ansicht der FDP nicht inhaltlich begründet.

Rot-Grün verabschiedet sich von der Polizeireform. Angesichts der Sicherheitslage in Bremen und Bremerhaven ist dies unverantwortlich. Die Einsparung von Stellen bei der Polizei, wie auch die bisherige unzureichende Einstellung von Anwärtinnen und Anwärtern führt dazu, dass die Sicherheit leidet und letztlich die Bürgerinnen und Bürger sich in ihrer Freiheit eingeschränkt fühlen. Mangels Einsatzkräften wird die Polizei immer wieder Lücken lassen, die Kriminelle zu nutzen wissen. Hier rächt sich, dass die Koalition eine echte

Aufgabenkritik meidet, die dazu führt den Staat auf seine Kernaufgaben wie Polizei und Justiz zurückzuführen.

Im Bereich der Wirtschaftspolitik setzt die Koalition auf einen Strauß von Zukunftsfeldern. Darunter sind vielversprechende und zugleich welche in denen andere Regionen Bremen den Rang abgelaufen haben, wie die Elektromobilität. Solange aber nur ein Senator allein für ein wirtschafts- und investitionsfreundliches Klima eintritt, während der Rest der Koalition sich in Wachstumskritik und Diskussion über die Sinnhaftigkeit von Weltraumforschung ergeht und Unternehmen in die Kritik geraten, weil sie erfolgreich Wehrtechnik für unsere Soldaten produzieren, wird Bremen nicht das nötige Klima erzeugen, dass erforderlich ist, damit Unternehmerinnen und Unternehmer, Betriebe, Handwerkerinnen und Handwerker, Freiberuflerinnen und Freiberufler ausreichend attraktive Arbeitsplätze in Bremerhaven und Bremen schaffen.

Die Bremer FDP kritisiert das Verhalten der Grünen und insbesondere das von Herrn Loske. Aus unser Sicht handelt es sich hier um Betrug am Wähler, wenn Personen sich als vermeintliche „Spitzen“-Kandidaten und mögliche Senatoren positionieren und damit auf Stimmenfang gehen, jedoch nach erfolgter Wahl umgehend ihren Rückzug aus der Politik bekannt geben. Ein solches Verhalten bewirkt es, dass Bremer Bürger Politik-, Demokratie- und Wahl-Verdrossenheit zeigen.